

Marina M. Kurjačaja

Elektronische Demokratie im heutigen Russland: Schaffung, Entwicklung und Perspektiven

I. Einleitung

Der vorliegende Aufsatz befasst sich mit dem Problem der Verwirklichung der Meinungsfreiheit durch den Einsatz moderner Formen und Mittel der Bürgerbeteiligung an der Regierung und der lokalen Selbstverwaltung (also Mittel der elektronischen Demokratie).

II. Entwicklung

Die Rechtspolitik in Russland kann nicht getrennt von den laufenden politischen und sozioökonomischen Reformen erfasst werden. Das Potenzial der Volksherrschaft kann nur in den vom Volk selbst in seiner historischen Entwicklung erarbeiteten Organisationsformen der Souveränität sichtbar werden; sonst werden die Gedanken-, Rede-, Medien- und Versammlungsfreiheit sowie das allgemeine Wahlrecht für sich genommen nicht zur Demokratie sondern in die Anarchie führen, die in der nächsten Entwicklungsstufe durch eine Oligarchie ersetzt wird, begleitet vom Verlust der staatlichen Dienstleistungen im sozialen Bereich und der sozialen und politischen Apathie der Mehrheit des Volkes¹. Die Aufgabe der modernen Rechtspolitik liegt nicht darin, die Rechtsformen für die sich entwickelnden sozio-politischen Realitäten zu finden, sondern darin, innerhalb der bestehenden Rechtsformen der Gesellschaft neue Mittel zur Umsetzung der verfassungsmäßigen Rechte und Bürgerfreiheiten anzubieten und mit einem Höchstmaß an Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit die entstehenden gesellschaftlichen Beziehungen in neue rechtliche Regulierungen einzubeziehen. In diesem Zusammenhang ist das Problem des gegenseitigen Verständnisses zwischen dem Staat und den Bürgern, der gegenseitigen Wertschätzung des Staates und der Zivilgesellschaft zu einem der dringendsten geworden. Man muss zugeben, dass unter den objektiven Gründen für die fehlende Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft die Unvollkommenheit der Gesetzgebung eine bedeutende Rolle spielt, da sie eine Änderung der aktuellen Praxis der Beziehungen nicht zulässt.²

Zu den menschlichen Werten gehört die Ausübung der Staatsmacht durch spezifische Formen – die Legislative, Exekutive und Judikative. Eine entwickelte Demokratie verlangt nicht nur die Existenz dieser Formen und Mechanismen für ihr Zusammenwirken, einschließlich Checks and Balances, sondern erfordert auch die Gewährleistung von Transparenz ihrer täglichen Tätigkeit sowie die Existenz von wirksamen Mechanismen

¹ Чуров В. Е./Эбзеев Б. С., Решение ЕСПЧ по делу „Республиканская партия России против России“ или Утраченные иллюзии // Конституционное и муниципальное право. 2011. № 12. С. 4. (Čurov/Ébzeev, EGMR-Urteil im Prozess „Republikanische Partei Russlands gegen Russland“ oder Die verlorenen Illusionen // Verfassungs- und Kommunalrecht. 2011. № 12. S. 4).

² Гриб В. В., Взаимодействие органов государственной власти и институтов гражданского общества в Российской Федерации: Автореф. дис. ... д-ра юрид. наук. М., 2011. С. 3. (Grib, Zusammenwirken der staatlichen Behörden und der Institutionen der Zivilgesellschaft in der Russischen Föderation: der Autoref. Diss. [...] Dr. Jur. M., 2011. S. 3).

für die Beteiligung der Bürger an ihrer Umsetzung (einschließlich einer Kontrolle durch die Bürger)³.

In den letzten Jahren gehört die Institutionalisierung der elektronischen Demokratie (E-Demokratie) zu den wichtigsten Trends in der Entwicklung des politischen Prozesses in den entwickelten Demokratien und in den Ländern, in denen demokratische Veränderungen erst in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts begonnen haben. Vor einigen Jahren wurde auf der föderalen Ebene [in Russland] festgehalten, dass die moderne Informationsgesellschaft durch ein hohes Niveau der Entwicklung der Informations- und Telekommunikationstechnologien und deren intensive Nutzung durch Bürger, Unternehmen und Behörden gekennzeichnet ist. Spitzentechnologien, einschließlich der Informations- und Telekommunikationstechnologien, haben bereits eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in vielen Ländern gespielt, daher gehört die Gewährleistung des freien Zugangs zu Informationen zu einer der wichtigsten Aufgaben des Staates⁴.

Die moderne Realität zeigt, dass in unserer Gesellschaft unter dem Einfluss von tiefgreifenden Veränderungen in der sozialen Organisation und Zusammenarbeit, ein Wechsel von zentralisierten hierarchischen Strukturen zu flexiblen netzwerkartigen Organisationen stattgefunden hat, verbunden mit einer größeren Rolle der Selbstorganisation der Bürger zur Lösung konkreter Probleme und einer wachsenden Bedeutung von Individuen. Informationen und Wissen wurden in der modernen Gesellschaft nicht nur zu einem wichtigen Produktionsfaktor, einer treibenden Kraft der Wirtschaft, sondern bekamen auch eine andere gesellschaftspolitische Bedeutung. In der Informationsgesellschaft sind soziale Erfolge des Staates zunehmend von der Verfügbarkeit und Effizienz der nationalen, regionalen und lokalen Innovationssysteme abhängig.

III. Einflussreiche Faktoren

Eine Reihe von Faktoren fördern die stattfindenden Veränderungen:

Bis zur Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts führte die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit zwischen der Wissenschaft und der technischen Forschung und Entwicklung zu einem starken Anstieg der Produktionsdynamik und dem Aufkommen wissenschaftsintensiver Technologien;

Die Globalisierung aller gesellschaftlichen Veränderungen, wenn geografisch sehr weit voneinander entfernte Ereignisse zu Gliedern einer Kette werden, wodurch die Ereignisse ihren scheinbar lokalen Charakter verlieren;

Die enorme Komplexität aller wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aktivitäten der Menschheit und die Bildung von komplexen Systemen in diesen Bereichen, die die Probleme der Verwaltung und Bereitstellung von Informationen Priorität verliehen und damit nicht nur Wissensgebiete, wie Kybernetik, Systemanalyse und Operationsforschung entstehen ließen, sondern auch eine neue Weltanschauung hervorbrachten, in der die Welt durch das Prisma der Informationsprozesse wahrgenommen wird;

Die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, deren breite Einführung in allen Lebensbereichen zu ihrer großen Umstrukturierung und zur Ent-

³ Курячая М. М., Электронная демократия как вызов современной правовой политики // Конституционное и муниципальное право. 2013. № 1. С. 42. (*Kurjacaja, E-Demokratie als Herausforderung der modernen Rechtspolitik // Verfassungs- und Kommunalrecht*. 2013. № 1. S. 42).

⁴ Стратегия развития информационного общества в Российской Федерации: утв. Президентом РФ 07.02.2008 № Пр-212 // Российская газета. 2008. 16 фев. № 34 (Die Entwicklungsstrategie der Informationsgesellschaft in der Russischen Föderation: genehmigt vom Präsidenten der Russischen Föderation 07.02.2008 № Пр-212 // Russische Zeitung. 2008. 16. Feb. Nr. 34).

stehung neuer Formen der sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten, wie E-Commerce, Telearbeit, Fernunterricht, Telemedizin und E-Demokratie führte.

Digitale Technologien durchdringen die traditionellen Technologien, ändern ihre Möglichkeiten, erweitern ihr Anwendungspotential und stoßen in neue Bereiche vor⁵. All dies erlaubt es von einer Computer-, Telekommunikations- oder mikroelektronischen Revolution zu sprechen. In diesem Sinne ist die Informationsgesellschaft eine Gesellschaft der Informationstechnologie. Die Entwicklung von Kommunikationskanälen, Informationsformen und -quellen erlaubt es von der Entstehung eines E-Staates zu sprechen, dessen unverzichtbares Attribut die E-Demokratie ist. Die Begriffe „elektronische Regierung“ (auch „e-government“, „electronic government“) und „elektronische Demokratie“ (auch „e-democracy“, „digitale Demokratie“, „elektronische Demokratisierung“, „Teledemokratie“, „Cyberdemokratie“) kamen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts in den Ländern auf, die die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, inklusive der Entwicklung des Internets besonders gefördert haben⁶.

IV. Begriff

E-Demokratie ist „das Regieren der sich selbst bevollmächtigenden Bürger“⁷, als Gesamtheit der Formen und Mittel, die die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erweiterung der Möglichkeiten jedes beliebigen Bürgers erlauben. Charakteristisch für die E-Demokratie ist die Online-Durchführung der verschiedenen Kampagnen, ein hoher Grad der Selbstorganisation der Online-Community ohne relevante soziale Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedern der Online-Community, Online-Aktivitäten der Rechtsverteidigung und die Nutzung des Internets zur Verbreitung politischer Informationen. Das Konzept der E-Demokratie erfordert neue rechtliche Formen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Strukturen und Bürgern im Rahmen der Informationsgesellschaft.

V. Gefahren

Mit der Entwicklung des Internets zu einem der wichtigsten Bereiche der politischen Kommunikation wurde es offensichtlich, dass seine grenzüberschreitenden Fähigkeiten durchaus gewisse Grenzen haben. Wir können mittlerweile eindeutig festhalten, dass bestimmte Grundsätze und Verfahren der elektronischen Demokratie mit den allgemein anerkannten Menschenrechten unvereinbar sind. Darüber hinaus werden bestimmte Informationstechnologien von den Bürgern als Angriff auf ihre persönlichen Rechte und Freiheiten wahrgenommen. So verlangten zum Beispiel während der beispiellosen Transparenz im Wahlprozess und bei der Stimmabzählung bei den russischen Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012, die im Internet über in fast allen Wahllokalen instal-

⁵ Курячая М. М., Электронное правосудие как необходимый элемент электронной демократии в современной России // Конституционное и муниципальное право. 2013. №7. С. 52 (*Kurjačaja*, E-Justiz als wesentliches Element von E-Demokratie im modernen Russland // Verfassungs- und Kommunalrecht. 2013. № 7. S. 52).

⁶ Васькова М. Г., Проблемы становления и реализации электронной демократии в электронном государстве // Российский юридический журнал. 2010. № 4. С. 48 (*Vas'kova*, Probleme der Gründung und Umsetzung von E-Demokratie im elektronischen Staat// Russische Zeitschrift für Recht. 2010. № 4. S. 48).

⁷ Руденко В. Н., Прямая демократия: модели правления, конституционно-правовые институты. Екатеринбург, 2003. С. 57 (*Rudenko*, Direkte Demokratie: Die Verwaltungsmodelle, die verfassungsrechtlichen Institutionen. Jekaterinburg, 2003. S. 57).

lierte Web-Kameras ausgestrahlt wurden, einige Wähler die Gewährleistung ihres Rechts auf Teilnahme an Wahlen ohne jegliche Kontrolle. Sie forderten, die Kameras so zu positionieren, dass diese nur die Mitglieder der Wahlkommissionen und die Wahlurnen, nicht aber die Wähler selbst erfassten.

Die Praxis zeigte, dass sich das Internet als Kommunikationsmittel nicht so sehr für die Wahlbeobachtung, sondern vielmehr für ein funktionales System der Interessenvertretung der Bevölkerung eignet. In diesem Sinne dienen die E-Demokratie-Technologien als ein Interaktionskanal zwischen der Gesellschaft und den öffentlichen Institutionen. Aufgrund des hohen Risikos der Weitergabe oder unberechtigter Nutzung von Wählerdaten oder Abstimmungsergebnissen wurde die Internet-Abstimmung bei Wahlen zu Staatsorganen keine breite politische Praxis.

Einer der Anreize für die Einführung von E-Demokratie ist der ziemlich offensichtliche Wunsch der Gesellschaft, der insbesondere im Rahmen der Proteste von Ende 2011 bis Mitte 2012 sichtbar wurde, die Aktivitäten der Staatsorgane und der lokalen Selbstverwaltung kontinuierlich zu überwachen und öffentlich zu bewerten.

VI. Internetportale

Im russischen Internet übernehmen zwei Institutionen der E-Demokratie die Sammlung und Unterstützung gesellschaftlicher Petitionen auf der föderalen Ebene: die Internetseite <http://ec.ac.gov.ru> des Sachverständigenrates der Offenen russischen Regierung und die Internetseite <https://www.roi.ru> „Russische öffentliche Petition“ (ROI). Die Hauptnutzer der ersten Internetseite sind Experten aus verschiedenen Wissensphären, während die zweite Internetseite für ein breites Publikum konzipiert ist.

1. Online-Petitionen

Die rechtliche Grundlage des Internetportals „Russlands öffentliche Petition“ ist der Präsidialerlass „Über die Berücksichtigung öffentlicher Petitionen von Bürgern der Russischen Föderation über das Internetportal „Russische öffentliche Petition“.⁸

Zu den öffentlichen Petitionen zählen die Vorschläge der Bürger der Russischen Föderation zu Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der Verbesserung der staatlichen und lokalen Verwaltungen. Im Internetportal ROI öffentliche Petitionen einreichen und über sie abstimmen dürfen nur volljährige Bürger der Russischen Föderation, die als Nutzer staatlicher Dienstleistungen in elektronischer Form registriert sind. Jeder Bürger, der über ROI eine Petition einreicht, soll vermerken, auf welcher Ebene (föderal, regional oder lokal) seine Petition umgesetzt werden soll.

Bevor die Petition im Internetportal ROI veröffentlicht wird, soll diese einer vorläufigen obligatorischen Überprüfung unterzogen werden, deren Dauer zwei Monate nicht überschreiten darf.

Im Zuge dieser vorläufigen Überprüfung wird die öffentliche Petition auf ihre Verfassungsmäßigkeit, ihre Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts, einschließlich der Menschenrechte, Freiheiten und legitimen

⁸ О рассмотрении общественных инициатив, направленных гражданами Российской Федерации с использованием интернет-ресурса „Российская общественная инициатива“. Указ Президента РФ от 04.03.2013 № 183 // Собрание законодательства РФ.2013. № 10. Ст. 1019 („Über die Beachtung der öffentlichen Petitionen von Bürgern der Russischen Föderation durch die Nutzung des Internetportals „Russische öffentliche Petition“: Präsidialerlass vom 2013.03.04 № 183 // Die Gesetzsammlung der RF.2013. № 10. Art. 1019).

Interessen der Bürgerinnen und Bürger, auf die Relevanz des in der öffentlichen Petition beschriebenen Problems und auf die Stichhaltigkeit der vorgeschlagenen Lösungsoptionen geprüft.

Die Petition darf im Internetportal ROI in den folgenden Fällen nicht veröffentlicht werden:

Der Inhalt steht im Widerspruch zur Verfassung der Russischen Föderation, den allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts, einschließlich der Menschenrechte, der Freiheiten und der berechtigten Interessen der Bürger;

Die Online-Petition beschäftigt sich mit Fragen, die nicht für Referenden auf der föderalen Ebene vorgesehen sind;

Die Online-Petition enthält keine Problembeschreibung, es fehlen Vorschläge zur Problemlösung oder die vorgeschlagenen Optionen sind nicht gerechtfertigt.

Die Abstimmung über die Online-Petition beginnt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung im Internetportal ROI und dauert ein Jahr. Als unterstützt gilt eine Petition, die innerhalb eines Jahres ab ihrer Veröffentlichung: a) im Falle einer Petition auf föderaler Ebene die Unterstützung von mindestens 100.000 Bürgern erhalten hat; b) im Falle einer Petition auf regionaler Ebene die Unterstützung von mindestens fünf Prozent der Bürger mit ständigem Wohnsitz in der entsprechenden Region (für Regionen mit einer Bevölkerung von über zwei Millionen Menschen die Unterstützung von mindestens 100.000 Bürgern der entsprechenden Region); c) im Falle einer Petition auf kommunaler Ebene die Unterstützung von mindestens fünf Prozent der Bürger mit ständigem Wohnsitz in der entsprechenden kommunalen Verwaltungseinheit.

Eine unterstützte Petition wird zur Prüfung an eine Arbeitsgruppe von Experten der entsprechenden Verwaltungsebene weitergegeben, die eine Empfehlung zur Angemessenheit der Ausarbeitung eines entsprechenden Rechtsaktes und (oder) anderer Maßnahmen zur Umsetzung der Petition abgibt. Ausgehend von der Empfehlung der Arbeitsgruppe wird innerhalb von zwei Monaten eine Expertise und eine Entscheidung bezüglich der Ausarbeitung eines entsprechenden Rechtsaktes und (oder) anderer Maßnahmen zur Umsetzung der Petition getroffen. Informationen über die Begutachtung und Maßnahmen zur Umsetzung der Online-Petitionen werden im ROI Internetportal veröffentlicht.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Aufsatzes sind auf der Internetseite ROI 5.834 Petitionen eingereicht worden, 1.935 Online-Petitionen befinden sich im Abstimmungsprozess, 18 sind bereits entschieden worden, wobei nur acht Petitionen die erforderlichen 100.000 Stimmen erhielten, während die anderen zehn Petitionen von den Behörden allein auf Grund der Veröffentlichung umgesetzt wurden⁹.

Im Mai 2014 startete das Internet-Projekt „System der elektronischen Referenden der Moskauer Regierung „Der aktive Bürger““. Bereits nach einem Jahr wurde die Seite von mehr als einer Millionen Nutzern besucht, mehr als 580 Abstimmungen wurden in dieser Zeit durchgeführt und 250 Entscheidungen wurden von den Behörden umgesetzt. In diesem Projekt wurden 25 Millionen Meinungen zu verschiedenen Themen geteilt, bei jeder Abstimmung beteiligten sich ca. 270.000 Menschen, pro Woche registrierten sich auf der Seite 10.000 neue Nutzer. Unter den Teilnehmern des Projekts sind 58 % Frauen und 42 % Männer, 52% der Teilnehmer haben Kinder, die aktivsten Teilnehmer sind Menschen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren (39 %).

Auf der Grundlage der elektronischen Volksabstimmungen wurden neun neue Buslinien eingeführt, 140.000 Bäume und Sträucher in 1.000 Haushöfen eingepflanzt, das

⁹ Российская общественная инициатива / Электронный ресурс. Режим доступа: URL: <https://www.roi.ru/>. Дата доступа 4.7.2015. (Russische öffentliche Petition/Internetplattform, <https://www.roi.ru/>, 4.7.2015).

Design der neuen Metro-Stationen ausgewählt, 10 km Fahrradwege geschaffen, Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und der Arbeit der Arztkliniken durchgeführt und die Regeln für die Be- und Entladungsarbeiten in der Nacht entwickelt, um die Nachtruhe der Bürger zu gewährleisten. Die Moskauer stimmten für die Beschränkung des Verkaufs von alkoholischen Energy-Drinks (80 %) und gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 40 km/h in der Innenstadt (53,3 %)¹⁰.

Allerdings zeigt die politische Praxis in den Regionen, dass elektronische Kommunikationskanäle dort eher eine beratende als eine entscheidende Funktion erfüllen. Dies reduziert die Effizienz und Zweckmäßigkeit der Maßnahmen, da es keine praktische Umsetzung gibt, die den Ressourceneinsatz (Arbeit, Zeit, Materialien) rechtfertigt. Die Behörden betrachten die Arbeit im Rahmen der „Offenen Regierung“ als zusätzliche Belastung und behandeln sie entsprechend. Ein markantes Beispiel für eine pro forma-Umsetzung der E-Demokratie liefert uns die Internetseite „Offene Regierung“ der Region Krasnodar <http://open.krasnodar.ru>. Auf dieser Seite sind drei Gesetzesentwürfe und fünfzehn Online-Petitionen zur Diskussion veröffentlicht, von denen nur drei die Kriterien einer öffentlichen Petition erfüllen.

Die Zivilgesellschaft als eine der mobilsten und sensibelsten politischen Bereiche zeigt sich besonders deutlich bei der Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit mit dem Staat, darunter auch des Phänomen des Crowdsourcing¹¹.

2. Erörterung von Gesetzesvorlagen und Gesetzeskritik

Die Entwicklung der Kommunikationsmittel, insbesondere des Internets und der mobilen Technologien ermöglichte die Umfunktionierung des Crowdsourcing von einem kommerziellen Projekt zu einem Mittel der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben.

Die Rechtsgrundlage für die öffentliche Diskussion von Gesetzesentwürfen und Rechtsakten über das Internet wurde im Präsidialerlass „Über die öffentliche Diskussion von Entwürfen föderaler Verfassungsgesetze und Gesetze“ geschaffen¹². Die Prüfung von Gesetzesentwürfen durch Experten wurde im Rahmen der Gesellschaftskammer über das Internetportal der öffentlichen Expertise <https://aeis.oprf.ru> organisiert. Öffentliche Online-Diskussionen über die von den föderalen Exekutivorganen entwickelten Verfassungsgesetze und Gesetze über die grundlegende Ausrichtung der staatlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik werden im Internetportal für Entwürfe von Rechtsakten <http://regulation.gov.ru> geführt.

Ein weiteres Anwendungsgebiet des nicht-kommerziellen (politischen) Crowdsourcing in der Rechtspraxis ist die Überwachung der Implementierung von Rechtsakten. Nachdem im Dezember 2010 ein Abkommen zwischen dem russischen Justizministerium und der St. Petersburger Staatlichen Universität über eine entsprechende Zusammenarbeit im Rahmen des gemeinsamen Projekts „Überwachung der Implementie-

¹⁰ Годовой отчет проекта „Активный гражданин“ / Электронный ресурс. Режим доступа: URL: <http://ag.mos.ru/docs/annual-report-AG.pdf>. Дата доступа: 4.7.2015.(Jahresbericht des Projekts „Der aktive Bürger“/Internetplattform,<http://ag.mos.ru/docs/annual-report-AG.pdf>, 4.7.2015).

¹¹ Курячая М. М., Технологии краудсорсинга в юридической практике // Конституционное и муниципальное право. 2012. № 6. С. 31–37 (Kurjacäja, Crowdsourcing-Technologie in der Rechtspraxis // Staats- und Kommunalrecht. 2012. № 6 C 31–37).

¹² Об общественном обсуждении проектов федеральных конституционных законов и федеральных законов: Указ Президента РФ от 09.02.2011 № 167 // Собрание законодательства РФ. 2011. № 7. Ст. 939 (Über die öffentliche Diskussion des Entwurfs der Bundesverfassungsgesetze und Bundesgesetze: Präsidialerlass vom 9.2.2011 № 167 // Gesetzsammlung der Russischen Föderation. 2011. № 7. Art. 939).

rung“ unterzeichnet wurde, wurde im Juni 2011 eine neue Internetseite www.monitoring.law.edu.ru geschaffen. Diese Seite ist für eine umfassende Diskussion über die geltende Gesetzgebung des Landes gedacht. Die Überwachung hilft bei der Einschätzung, wie die gesetzlichen Bestimmungen in der Praxis angewandt werden, wie diese von den Strafverfolgungsbehörden interpretiert werden und welche Herausforderungen und Schwierigkeiten dabei entstehen. Derzeit sind die Debatten zu Boden-, Steuer- und Arbeitsrecht zugänglich. Doch in naher Zukunft werden auch Diskussionen zu anderen Rechtsbereichen initiiert. Nach Einschätzung der Leiter des Projekts wird die Zahl der Teilnehmer weiter ständig wachsen, unter anderem auch durch ihre Beteiligung an verschiedenen Expertengruppen. Nach den Worten von V. Lukjanov, Konrektor der St. Petersburger Staatlichen Universität und Leiter der Arbeitsgruppe für die Umsetzung des Projekts können die aktivsten Diskussionsteilnehmer in die Expertengruppe „Überwachung der Implementierung“ aufgenommen werden, die die Berichte für das Justizministerium vorbereitet¹³.

VII. Perspektiven

Auf diese Weise entwickelte sich die E-Demokratie von einem exotischen Hobby des besonders politisierten Teils der Internetgemeinschaft zu einer unabhängigen Form der unmittelbaren Beteiligung der Bürger an der Staatsverwaltung und der lokalen Selbstverwaltung.

Jedoch wurde bei der Schaffung der E-Demokratie eine ganze Reihe von organisatorischen, technischen und rechtlichen Problemen aufgedeckt, die nicht nur ihre Entwicklung hemmen, sondern die Idee der e-Demokratie als solche diskreditieren.

Zunächst einmal ist E-Demokratie ohne freien Zugang für jeden Bürger zu Informationen über die Aktivitäten der staatlichen Behörden und der Organe der lokalen Selbstverwaltung¹⁴, über die Ereignisse in der Welt, im eigenen Land und der eigenen Region nicht denkbar. Daneben besteht das dringende Problem der Schaffung eines Systems von rechtlichen Terminen zur E-Demokratie, wobei der Nutzer (Bürger), die Gemeinschaft (als soziale und rechtliche Institution) und der Dialog (die öffentliche Diskussion) eine besondere Stellung einnehmen. Es ist offensichtlich, dass die E-Demokratie nicht den Anspruch erheben kann, eine juristisch relevante Institution des Rechts zu sein, solange eine rechtliche Regulierung dieser Begriffe fehlt.

Die Beteiligung an den Entscheidungsprozessen der Staatsverwaltung und der lokalen Selbstverwaltung sollte allen Bürgern des Landes möglich sein, womit es erforderlich ist, in absolut jeder Gemeinde des Landes Internetzugang zu gewährleisten.

Die konservative Mentalität der russischen Bürger stellt auch ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung der E-Demokratie dar. Ihre Einführung sollte deshalb schrittweise erfolgen mit einer vorausgehenden Bildung des erforderlichen Rechtsbewusstseins und der notwendigen Computerkenntnisse.

So bestimmen die modernen Realitäten die objektiven Veränderungen aller bestehenden Formen und Mittel der Staatsverwaltung und der lokalen Selbstverwaltung. Die Entwicklung der Telekommunikations- und Informationstechnologien ermöglicht es,

¹³ СПбГУ и Министерство юстиции РФ запустили новый Интернет-ресурс // <http://monitoring.law.edu.ru/welcome/show/9/10> (Die Staatliche Universität der St. Petersburg und das Justizministerium der RF haben im Rahmen eines Projektes ein neue Internetseite geschaffen // <http://www.www.monitoring.law.edu.ru/welcome/show/9/10>).

¹⁴ Авакян С. А., Конституционный лексикон: государственно-правовой терминологический словарь. М., 2015. С. 514–517 (Avak'yan, Verfassungslexikon: Staatsrechtliches Terminologisches Wörterbuch. M., 2015. S. 514–517).

neue Mechanismen für die Realisierung der Volksherrschaft zu schaffen. Bisher hat die E-Demokratie keine wesentlichen Auswirkungen auf die politische und rechtliche Realität in Russland, aber ihr Potential ist sogar noch deutlich größer als uns bisher bekannt ist. Deshalb sollte die Rechtspolitik darauf ausgerichtet sein, die Wirksamkeit der E-Demokratie als eine Form der direkten Demokratie zu gewährleisten.

Aus dem Russischen von Lina Pleines, Bremen